

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Klimaschutzstrategie für das Land Bremen: Den Abschlussbericht der Enquete-kommission zügig umsetzen!

Im Januar 2020 beschloss die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit Stimmen aller Fraktionen, die erste Bremer Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ einzusetzen (Drucksache 20/258). Bestehend aus neun Abgeordneten und neun Sachverständigen hatte die Enquetekommission die Aufgabe, eine Klimaschutzstrategie für das Land Bremen zu entwickeln, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen und unter Berücksichtigung des global verbleibenden CO₂-Budgets Empfehlungen zu den Klimazielen des Landes Bremen sowie den dafür notwendigen Maßnahmen in diversen Sektoren bis zum Jahr 2030 beinhaltet.

Nach eineinhalb Jahren intensiver Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft und im engen Austausch mit gesellschaftlichen Akteuren von Mai 2020 bis Dezember 2021 entstand ein umfassender Abschlussbericht. Mit den ambitionierten und ehrgeizigen Klimazielen bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus sowie konkreten Handlungsempfehlungen stellt dieser Abschlussbericht eine wichtige Weichenstellung auf dem Weg des Landes Bremen zur Klimaneutralität dar. Um die notwendigen Transformationsprozesse voranzutreiben und die damit einhergehenden Chancen für die Wirtschaft und Gesellschaft ergreifen zu können, muss der Abschlussbericht nun zügig umgesetzt werden.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Abschlussbericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ zur Kenntnis und stellt fest, dass der Abschlussbericht mit seinen Handlungsempfehlungen eine wichtige Grundlage für das weitere Handeln der Bremischen Bürgerschaft sowie die kurz-, mittel- und langfristige Klimaschutzpolitik des Landes Bremen darstellt.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 - a) den Empfehlungen der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ zu folgen und den Abschlussbericht als Grundlage für sein weiteres Handeln zu nutzen,

b) der Bremischen Bürgerschaft einen Zeit- und Umsetzungsplan zur Realisierung der Empfehlungen der Enquetekommission bis zum 30. Juni 2022 vorzulegen.

Martin Michalik, Jens Eckhoff, Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU